

# Jubiläumszeitung

## 100 Jahre Lspv 2013

Fast alles, was heute für die Staatsangestellten selbstverständlich ist, geht auf die Initiative des Staatspersonalverbandes zurück.

**1913** Als der «Verband der Beamten und Angestellten des Kantons Luzern» gegründet wurde, standen zwei Anliegen im Vordergrund:

1. die Schaffung einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse;
2. die Anpassung der Besoldung der Beamten und Angestellten an die veränderten Zeitverhältnisse.

Von Anfang war das gesamte Staatspersonal im Verband integriert. Unter den Vorstandsmitgliedern gab es Landjäger, Gehilfen, Heizer, Büchser, Aufseher, Schneidermeister der Irrenanstalt, Karrer der Strafanstalt, Direktoren, Maschinisten und Krankenwarte am Kantonsspital, Kantonsschulprofessoren, Amtswachtmeister, Kanzlisten, Abwarte, Sekretäre, Oberschreiber, Hausknechte, Oberrichter, Ärzte, Unterrichtsbibliothekare usw.

**1914** Universitätsprofessor Dr. Graf, Bern, erarbeitete Leitsätze für die geplante Pensionskasse, die der Verband dem Regierungsrat unterbreitete. Wegen des Krieges musste die Generalversammlung ausfallen.

**1915** Die GV verabschiedet die Pensionskassenstatuten. Der Verband gibt das erste «Korrespondenzblatt» heraus. Als Re-

daktoren zeichnen Oberschreiber Hartmann, Dr. Waldis, Oberschreiber Zwimpfer.

**1916** Der Grosse Rat stimmt einem Staatsbeitrag von 5000 Franken als Gründungsfonds zu.

**1918** Der Grosse Rat legt einen dauernden Staatsbeitrag fest – die Pensionskasse ist endgültig geboren. Das «Korrespon-



Mitgliederausflug, Ort und Datum unbekannt.

denzblatt» wird auch zum offiziellen Publikumsorgan der Pensionskasse.

Wegen der schlechten Versorgungslage organisierte der Verband für seine Mitglieder eine «Kartoffelversorgung» und rief damit das erste Angebot ins Leben. Zudem kam mit der Schweizerischen Unfallversicherungs-AG in Winterthur ein sogenannter Begünstigungsvertrag zustande: günstigere Prämien für Unfallversicherung (vom Arbeitgeber damals noch nicht angeboten).

**1919** Der Verband erwirkt vom Regierungsrat und vom Grossen Rat eine

ausserordentliche Teuerungszulage, weil der Weltkrieg die Kosten in die Höhe getrieben hatte (1915 kostete ein Cervelat 20 Rappen, 1919 50 Rappen; bei den Holzschuhen stieg der Preis zwischen 1914 und 1919 von 5 auf 13 Franken).

**1921** Verbandsmitglieder erhalten das Kursgeld für Fortbildung in Rechtskunde, Volkswirtschaftslehre, Italienisch und Stenografie. Das «Korrespondenzblatt» wird auch Organ des Gemeindeschreiberverbandes des Kantons Luzern.

**1923** Als die Nachteuerungszulagen nicht mehr gewährt werden, erreicht der Verband im Jahr 1923 anstelle der weggefallenen Teuerungszulagen die Orts- und Kinderzulagen.

**1931** Ab Januar 1931 hat das «Korrespondenzblatt» zwei neue Rubriken: «Aus der Verwaltungspraxis» mit

wichtigen Entscheiden und Beschlüssen des Regierungsrates, Departementsweisungen usw.; «Sprechsaal» für den Austausch über Fragen aus der Praxis.

**1934** 20 Jahre Staatspersonalverband. Der Mitgliederbestand beträgt 623 Personen. Dr. B. von Moos, Grundbuchinspektor, lobt an der Generalversammlung die Gründung der kantonalen Hilfskasse als bisher edelstes Werk der Verbandsarbeit.

Um den Mitgliedern die Familien- und Altersfürsorge weiter zu erleichtern, unterhielt der Verband mit der schweiz. Versicherungs- und Rentenanstalt in Zürich ein Vergünstigungsvertragsverhältnis, das später aufgrund eines Bundesratsbeschlusses endete.

Wegen der kriegsbedingten enormen Teuerung musste der Verband erneut zum Mittel der Teuerungszulagen greifen.

Schon früh trat der Verband für ein Besoldungsregulativ ein, welches das Aufsteigen vom Minimum zum Maximum der Besoldungen festzusetzen hatte. Das Regulativ wurde vom Grossen Rat, am 11. Mai 1921 genehmigt.

### Workstyle bestimmt den Lifestyle



Die Arbeitswelt steht vor einem gewaltigen Wandel. Neue Managementmethoden und neue Technologien revolutionieren unseren Arbeitsalltag. Die digitale Revolution fordert die Gesellschaft heraus. Sie

stellt die alten, eingefahrenen Strukturen in Frage und löst sie teilweise sogar auf. Die Vielfalt an Kommunikationskanälen verwischt vertraute Grenzen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, Kunden und Mitarbeitenden, dem Geschäftlichen und dem Privaten. Dabei läuft ohne Kooperation und Vernetzung im Job nichts mehr. Man trifft sich in Netzwerken wie Facebook oder Google+. Der Erfolg von vielen Betrieben hängt schon heute davon ab, wie die Wissensarbeiter zusammenwirken und wie kreativ sie dabei sind.

Den festen Arbeitsplatz wird es bald nicht mehr geben. Arbeitstage, die um 8 Uhr beginnen und um 17 Uhr enden, werden seltener. Schon heute arbeiten viele mobil, schlagen ihr Büro dank Laptop, iPad und iPhone mal hier und mal dort auf. An die Stelle der klassischen, räumlich und zeitlich abgegrenzten Regel-Erwerbsbiografie treten eine Vielzahl von Teilzeit- und Auszeit-Modellen. Flexibles Arbeiten jenseits des Büros und projektbezogene Aufträge bestimmen zunehmend den Arbeitsalltag. Die Zeitgrenzen lösen sich auf, und immer mehr Menschen legen Arbeitszeit und Freizeit eigenständig fest. Die richtige Balance zu finden und die Grenzen selbst zu ziehen, bildet dabei die grösste Herausforderung.

Menschen sind weder Arbeitstiere noch Freizeitmenschen, sie sind beides zusammen. Glück, Leistung, das menschliche Leben definieren sich nicht über das eine oder das andere, sondern über das Ganze, über eine sinnvolle Beschäftigung, ob bezahlt oder nicht. Am beruflichen Leben teilnehmen, gleichzeitig Zeit haben für die Familie und die Arbeit einbetten in das, was wir Lebensqualität nennen, dies sind die Modelle der Zukunft. Der richtige «Workstyle» wird den Lifestyle bestimmen.

Die zukünftigen Strukturen der neuen Arbeitswelten sind jetzt im Entstehen. Fortschrittliche Betriebe und Organisationen haben dies längst erkannt. Der Wandel der Arbeitswelt bietet für den Arbeitgeber wie für den Arbeitnehmer neue ungeahnte Möglichkeiten. Die öffentliche Hand mit ihrer breiten Kundenorientierung ist in ihrem eigenen Interesse gefordert, diese Entwicklungen aufzunehmen und zukünftige Strukturen in diese Richtung selber zu gestalten. Als attraktive Arbeitgeberin kann sie damit ihren Arbeitnehmenden den Weg in eine viel versprechende Zukunft sichern.

Peter Dietschi

Präsident Luzerner Staatspersonalverband

### Demission

Nach achtjähriger Tätigkeit als Präsident des Lspv trete ich auf die Generalversammlung vom 24. März 2014 zurück. Bereits heute möchte ich den Sozialpartnern, den zahlreichen Verbänden und Personalorganisationen, den Verbandsmitgliedern, meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen sowie der Geschäftsleiterin, Helga Christina Stalder, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in all den Jahren von ganzem Herzen danken. Ich wünsche meinem Nachfolger/meiner Nachfolgerin viel Kraft, Ausdauer und Zuversicht in einer spannenden, abwechslungsreichen und herausfordernden Aufgabe.

Peter Dietschi



## Luzerner Pensionskasse



Wir gratulieren dem Lspv herzlich zum 100-jährigen Bestehen und freuen uns, dass wir unsere Glückwünsche mit einer positiven Nachricht verbinden können. Am 30. 6. 2013 erreichte die LUPK endlich wieder einen Deckungsgrad von 100%. Dies bedeutet für alle Versicherten, dass ab 1. 1. 2014 keine Zusatzbeiträge für die Sanierung mehr geleistet werden müssen.

100 Jahre Lspv laden ein zu einem kurzen Blick in die Vergangenheit, der zeigt, dass die Vorsorge für die Angestellten des Kantons Luzern für den Lspv seit der Gründung ein zentrales Thema war. Bereits die ersten Statuten erklärten als Verbandszweck die Wahrung der ideellen und materiellen Berufsinteressen, ganz besonders aber die Schaffung einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse. Nach grossen Anstrengungen wurden die Bemühungen schliesslich belohnt mit der Gründung der «Hilfskasse der Beamten, Angestellten und ständigen Arbeiter des Kantons Luzern» am 1. 1. 1919. Das Gründungskapital betrug gerade mal 175 000 Franken – und bereits beim Start wies die Kasse ein versicherungstechnisches Defizit von 1,7 Mio. Franken auf. Bis 1930 wuchs dieses Defizit auf rund 8 Mio. Franken. Die Anzahl der Versicherten stand bei 538 Personen, darunter lediglich 12 Frauen. Bei einer durchschnittlichen versicherten Besoldung von 5 836 Franken betrug die durchschnittliche Altersrente 2 885 Franken pro Jahr.

Bis zu ihrem 50. Geburtstag im Jahr 1969 wuchs die Kasse, mittlerweile unter der Bezeichnung Kantonale Pensionskasse Luzern, kontinuierlich weiter, musste aber 1938 und 1951 saniert werden. Die Anzahl der Versicherten stieg in den ersten 50 Jahren auf 2 269. Die durchschnittliche versicherte Jahresbesoldung erhöhte sich in der Zwischenzeit auf CHF 20 500, während der Durchschnitt der ausbezahlten Altersrenten bei CHF 7 255 pro Jahr lag.

Am 1. 1. 1985 trat das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen-, und Invalidenvorsorge, BVG, in Kraft, mit der Einführung der obligatorischen beruflichen Vorsorge für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz. Obwohl der Kanton Luzern ja bereits seit langem eine Pensionskasse hatte, führten die neuen gesetzlichen Bestimmungen doch zu einem erheblichen Anstieg der Versichertenzahl. Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen wurde wesentlich ausgebaut, wovon speziell Teilzeitbeschäftigte oder Personen mit befristeten oder zivilrechtlichen Anstellungsverträgen profitierten.

Als erste öffentlich-rechtliche Pensionskasse wechselte die Kantonale Pensionskasse Luzern gleichzeitig mit der Lehrerpensionskasse am 1. 1. 1990 vom Leistungsprimat auf das Beitragsprimat. «Innerschweizer Avantgarde» titelte damals ein Artikel in der «Schweizer Personalvorsorge» – was nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass dieser Wechsel zu heftigen Kontroversen führte und sich eine breite Akzeptanz für die neue Lösung erst nach einigen

Jahren einstellte, nachdem viele andere Kassen dem Beispiel des Kantons Luzern gefolgt waren. Bedeutungsvoll, und doch schon fast vergessen, ist die Einführung der vollen Freizügigkeit im Jahr 1995 und der damit verbundene Wegfall der sogenannten goldenen Fesseln, an die sich heute kaum mehr jemand erinnert. Mit der vollen Freizügigkeit entfielen die bisherigen Vorsorgeeinbussen bei einem Stellenwechsel, und die Versicherten können seither bei einem Stellenwechsel ihr gesamtes Guthaben auf die Vorsorgeeinrichtung eines neuen Arbeitgebers übertragen.

Bislang der letzte grosse Meilenstein war am 1. 1. 2000 die Fusion der Kantonalen Pensionskasse Luzern mit der Lehrerpensionskasse Luzern zur neuen Luzerner Pensionskasse, LUPK. Heute sind knapp 21 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der LUPK versichert, davon über 65% Frauen. An über 5 600 Rentnerinnen und Rentner werden Leistungen in der Gesamthöhe von 198 Mio. Franken pro Jahr bzw. 16,5 Mio. Franken pro Monat ausbezahlt.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben wir eine eindruckliche Entwicklung mit vielen Veränderungen erlebt. LUPK-Online und die LUPK-Homepage sind längst Standard. Neue Herausforderungen – speziell im Bereich demografische Entwicklung – müssen angepackt werden. Die nachfolgend aufgezeigte Veränderung der Lebenserwartung seit der Kassengründung bis heute ist ein gutes Beispiel dafür:

### Lebenserwartung bei der Geburt

1920/21	Männer 54,5 Jahre	Frauen 57,5 Jahre
2011	Männer 80,3 Jahre	Frauen 84,7 Jahre

### Lebenserwartung im Alter 65

1920/21	Männer 10,4 Jahre	Frauen 11,2 Jahre
2011	Männer 19,0 Jahre	Frauen 22,2 Jahre

Diese und andere Entwicklungen und Veränderungen erfordern immer wieder Entscheide und Eingriffe, damit die Kasse attraktiv und gleichzeitig finanziell auf Kurs bleibt. Wir durften in der Vergangenheit bei entsprechenden Aktivitäten immer auf eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Lspv zählen. Die Ansichten über den einzuschlagenden Weg waren zwar ab und zu unterschiedlich, die Richtung und das Ziel aber stimmten immer. Sowohl Lspv wie auch LUPK wollen für die Versicherten eine möglichst gute und gleichzeitig korrekt finanzierte Vorsorge. Für die ausgezeichnete Zusammenarbeit danken wir an dieser Stelle herzlich und freuen uns, auch die kommenden Aufgaben mit Unterstützung des Lspv erfolgreich zu lösen.

Thomas Zeier, Direktor LUPK

**1936** Der Verband gründet die Sterbekasse, die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder nach deren Tod vor den ersten finanziellen Sorgen schützte. Das Sterbegeld betrug 1000 Franken, der Mitgliederbeitrag 20 Franken. Die Sterbekasse wird heute noch geführt und weist als 1 Million Franken aus.

**1937** Der Verband bekämpft den geplanten Lohnabbau und will eine Änderung des etwas «sonderbaren» Beschlusses zum Dienstaltersgeschenk für Staatsangestellte (150 Franken für 25 Dienstjahre, weil wiederholt Klagen eingegangen waren wegen ungleicher Behandlung).

**1942** Nach wiederholten Anträgen des Verbandes gewährt der Regierungsrat erstmals ein Dienstaltersgeschenk von 150 Franken nach 25 Dienstjahren.

**1944** Mitgliederbestand: 756 Personen; Verbandsbeitrag 3 Franken.

**1945** Nach Kriegsende hat eine Kriegsteuerzulage an das Staatspersonal und die Lehrer sowie an die Bezüger der Pensionskasse oberste Priorität bei den Forderungen. Regierungsrat und Grosser Rat entsprechen dem Gesuch. Der Verband beantragt die Revision des Besoldungsdekretes und unterbreitet Vorschläge für ein verbessertes Lohnsystem.

**1947** Der Regierungsrat erklärt den Karsamstagvormittag nach wiederholten Vorstössen des Verbandes als arbeitsfrei.

Der Vorstand behandelt ein mehrfach aufgeworfenes Problem: die Aufstiegsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung; er verlangt überdies die Umschreibung der Aufgabenbereiche, eine zweckmässige Benennung der Amtsstellen und Informationen über offenen Stellen oder Beförderungsmöglichkeiten.

Der Verband gibt ein «freudiges» und «überzeugtes» Ja für die Volksabstimmung über die Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung heraus.

**1948** Die Einführung der AHV hat Änderungen bei der Pensionskasse zur Folge. Ehrenpräsident Gustav Hartmann weist darauf hin, dass mit der AHV die Pensionsberechtigung als Argument für einen Verbandsbeitritt abgeschwächt wird. 1948 kommt auch das neue Beamtenengesetz. Und der Verband verlangt eine Ausführungsbestimmung zur neuen Ferienverordnung.

**1951** Der Vorstand befasst sich mit einem Vorschlag aus dem Jahr 1950 für die Erstellung von Ferienwohnungen und beschliesst einstimmig den Erwerb einer einfachen und zweckmässig eingerichteten Ferienwohnung. Er prüft auch den Kauf von ca. 10 000 m<sup>2</sup> Bauland zu Fr. 1.– für eine Feriensiedlung.

**1953** Zum 40-jährigen Verbandsbestehen wird das Ferienhaus Lauigrund in Sörenberg für 41 500 Franken erworben und zum Teil in Fronarbeit umgebaut. Die Einweihung findet am 28. Juni 1953 statt.



Zum Vierzigjährigen: Kauf und Umbau Ferienhaus Lauigrund in Sörenberg.

Im «Korrespondenzblatt» schreibt Franz Frei, dass die Behandlung des Besoldungsdekretes im Grossen Rat dem Vorstand und insbesondere dem Präsidenten viel Kritik eingetragen hat.

Ende 1953 beantragt der Verband, die Handwerker in die 15. Besoldungsklasse einzureihen und sie damit auf die gleiche Stufe zu setzen wie die Vorarbeiter.

Am 14. 4. 1953 datiert die Gründung des Verbandes der Rentenbezüger der kantonalen Pensionskasse Luzern PVLS, dessen Präsident A. Zwyer wird.



Urs-Peter Müller, damals Personalchef/Leiter Betriebe und später Direktor der Luzerner Psychiatrie, gehörte dem Lspv-Vorstand von 1968 bis 1989 an, weil er es wichtig fand, als Arbeitgeber in diesem Gremium vertreten zu sein und sich mit den Anliegen der Arbeitnehmenden auseinanderzusetzen. «Die Verbandsangelegenheiten waren mir immer sehr wichtig, auch wollte ich die Bodenhaftung nicht verlieren», hält er rückblickend fest. Gerne denkt er an die interessanten Kontakte sowie die angenehme Zusammenarbeit mit seinen KollegInnen im gut durchmischten Vereinsvorstand zurück und findet: «Auch heute wäre es noch wichtig, dass Leute aus allen Ebenen im Vorstand wären.»

Das Mitwirken in Arbeitsgruppen und die Unterstützung der Mitglieder in ihrer Berufstätigkeit oder bei der Weiterbildung schätzte Urs-Peter Müller an seiner ehrenamtlichen Tätigkeit ebenso wie die Möglichkeit, von der Regierung Informationen zu verschiedenen aktuellen Themen oder Vorhaben zu bekommen.

«Es ist gut, dass man so einen Verband hat. Er ist auch heute noch notwendig, auch wenn man vieles erreicht hat, denn es gibt immer auch wieder schlechtere Zeiten oder Berufsgruppen, die man schützen muss», betont das langjährige Vorstands- und heutige Ehrenmitglied. Umso mehr bedauert er, dass der Mitgliedernachwuchs fehlt.

Urs-Peter Müller, ehemaliger Direktor Luzerner Psychiatrie

LUPK

Die LUPK gratuliert dem Lspv zum 100-jährigen Jubiläum

## Hart, aber fair



*Ich gratuliere dem Luzerner Staatspersonalverband zum 100-Jahr-Jubiläum. Wer 100 Jahre erfolgreich in einem Sektor mit grossen gesellschaftlichen, strukturellen und politischen Veränderungen wirkt*

*und überlebt, hat seine Berechtigung bewiesen. Auch in Zukunft wird es den Luzerner Staatspersonalverband brauchen.*

*In einem spannenden Arbeitsumfeld bietet der Kanton Luzern über 6 000 Mitarbeitenden, sei es in der öffentlichen Verwaltung, den kantonalen Schulen oder bei den Gerichten, interessante Aufgaben, auch solche, die es in der Privatwirtschaft gar nicht gibt. Unser Kanton gilt als attraktiver, verlässlicher – und nach wie vor sicherer Arbeitgeber. Eine zeitgemässe und innovative Personalentwicklung ist uns zentral. Dazu gehören auch eine leistungsorientierte und marktgerechte Besoldung, gute Sozialleistungen, ein familienfreundliches Umfeld mit flexiblen Arbeitszeiten und zahlreichen Teilzeitstellen, selbst in Kaderpositionen. Viele dieser Errungenschaften sind in partnerschaftlichen Verhandlungen mit dem Staatspersonalverband entstanden.*

*Das einstige «Beamtenimage» ist heute in breiten Teilen der Bevölkerung einem neuen Bild von bürgernahen und dienstleistungsorientierten Mitarbeitenden gewichen, die einen wichtigen Auftrag für die Bevölkerung und damit das Gemeinwohl erfüllen. Dass sich der Kanton Luzern in vielen Bereichen stark verbessern konnte, ist primär das Verdienst von kompetenten und leistungsbereiten Mitarbeitenden.*

*Rund um die gewerkschaftliche Arbeit wird immer wieder gerne ins Ausland geschickt, wo Gewerkschaften schnell zu Kampfmitteln greifen, Massen auf den Strassen in Gang setzen oder ganze Branchen streiken, selbst im öffentlichen Bereich. Ist dieser Weg erfolgreicher? Oder anders gefragt, weshalb geht es den Schweizer Arbeitnehmerinnen und -nehmern ungleich besser als in den meisten vergleichbaren Volkswirtschaften?*

*In der Schweiz geniesst die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern einen zentralen Stellenwert. Der Erfolg dieser Sozialpartnerschaft gründet in hohem Mass im Verantwortungsbewusstsein und in tragfähigen Konsenslösungen. Zu unserer Streitkultur gilt es Sorge zu tragen, damit auch zukünftig Interessenkonflikte lösungsorientiert und im gegenseitigen Respekt ausgetragen werden können. Als eine Folge davon verfügt die Schweiz über die tiefste Arbeitslosigkeit, das insgesamt höchste Lohnniveau und gut ausgebaute Sozialleistungen. Diese funktionierende Sozialpartnerschaft hat zu allgemeinem Wohlstand geführt.*

*Zurück zu «100 Jahre Staatspersonalverband des Kantons Luzern»: Da keine Institution auf Dauer von den Verdiensten der Vergangenheit leben kann, müssen Antworten auf die Fragen zukünftiger Herausforderungen gefunden werden. Der gesellschaftliche Umbruch im wirtschaftlichen, globalen Umfeld hat zu einer Werteveränderung geführt. Während früher für Löhne gekämpft wurde, um das Überleben zu sichern, suchen die Menschen heute in einer sich schnell wandelnden Zeit nach neuen Orientierungsmarken, sei es in Werten, Chancen, Bildung oder Lebensqualität.*

*Die vergangenen 100 Jahre haben sich zwischen dem Staatspersonalverband und dem Kanton Luzern auf einer partnerschaftlichen Ebene abgespielt, hart, aber fair. Diese Klarheit in der Sache und Fairness im gegenseitigen Umgang wünsche ich mir auch in Zukunft. Den Gremien und Mitgliedern des Staatspersonalverbandes danke ich für das Kritisch-Konstruktive und für die funktionierende Partnerschaftlichkeit, auch bei unterschiedlichen Interessen.*

*Ich nehme das 100-Jahr-Jubiläum des Staatspersonalverbandes gerne zum Anlass, um allen Mitarbeitenden des Kantons Luzern meinen Dank und meine Wertschätzung für die geleistete Arbeit auszusprechen.*

Marcel Schwerzmann  
Regierungsrat

**1954** Nachdem das Besoldungsdekret mit unbegrenzter Geltungsdauer unter Dach war, musste das Besoldungsregulativ erneuert werden. Der Verband wollte auch versuchen, die anderen Verordnungen zu fördern, so etwa jene über den Personalausschuss, über die Feier- und Freitage, über die Dienstkleider usw.

Verbandsintern steht die dringend notwendige Sanierung der Sterbekasse bevor, die mit einer Revision der Sterbekassenstatuten einhergehen sollte. Zudem strebt man einen Mitgliederbestand von 1000 an. Jahresbeitrag Fr. 7.–.

Die Vorarbeiter können zu Vorarbeitern I befördert werden.

Ein Initiativkomitee wollte ein Beamtenorchester zusammenstellen. Aus der Januar-Nummer des «Korrespondenzblattes» eine Faschnachtsausgabe zu machen, blieb ohne Echo. Mit jeweils rund 50 Personen gut besucht waren hingegen die beiden Vorträge und die Betriebsbesichtigung, die der Verband zur Orientierung über das Kantonsspital veranstaltet hatte.

**1955** Die Revision der Ferienordnung vom 16. 1. 1950 wird abgeschlossen, nachdem der Vorstand sich für verschiedenes eingesetzt hatte: zum Beispiel die Feiertage, die in die Ferienzeiten fallen und bisher nicht kompensiert werden konnten, und einen Antrag von zwei Wochen Ferienzuschlag für Funktionäre ab Ende des 55. Altersjahrs.

Der Verband beantragt den Einbau der Teuerungszulagen in die Pensionskasse und den Abschluss eines Kollektivvertrags mit den Krankenkassen.

**1956** Die Erhebungen zeigen, dass auf 1. Juli 1956 – der volle Teuerungsausgleich unabdingbar (von gegenwärtig 29% auf 34%) und – eine Realloohnerhöhung um mind. 5% notwendig sind.

Die Forderung wird auch vom Christlich-nationalen Personal öffentlicher Betriebe und dem kantonalen Lehrerverein unterstützt.

Mit ihrer Eingabe beim Regierungsrat hatte der Verband Erfolg und trug den wesentlichsten Anteil zum Gelingen der Besoldungsvorlage bei.

**1957** Die Erhebungen über die in staatlichen Betrieben und Verwaltungen bestehenden Betriebsunfallversicherungen bestätigten die Befürchtungen, dass dieser Versicherungsschutz ungenügend war. Der Verband macht sich deshalb beim Regierungsrat für eine Verbesserung stark. Zudem soll, wie dies im Gesetz über das Dienstverhältnis von 1948 erwähnt ist, den Beamten die Möglichkeit geboten werden, zusätzlich auch das Nichtbetriebsrisiko mitzudecken.

Die Forderung nach einem arbeitsfreien Stephanstag, einem Besoldungsdekret, einer Realloohnerhöhung von 4% sowie einer wesentlichen Erhöhung der Sozialzulagen hiess der Grosse Rat 1961 gut. Das «Korres-

pondenzblatt» wird zum offiziellen Organ der städtischen Beamten und Angestellten; Arnold Gautschi, Lehrer an der Kantonschule, wird neu zum Redaktor gewählt.

Im Vorstand beschäftigte man sich wieder einmal eingehend mit dem Einbau der Besoldungen in die Pensionskasse und verlangte verschiedene Verbesserungen.

Die Kurse «Gutes Deutsch» mit Dr. A. Löpfe sowie die Französisch- und Italienischkurse waren erneut schnell ausgebucht.

Die GV beschloss, dass ein Experte zur Begutachtung des Besoldungsdekretes bestellt werden soll. Aus Alfred Tschabolds Gutachten erfolgt eine 17 Seiten lange Eingabe an den Regierungsrat mit folgenden Begründungen für die Revision: Nachweisbarer Rückstand der Gehälter gegenüber denjenigen von Bund und Kantonen. Uneinheitlich geregelte Aufstiegsmöglichkeiten und mangelnde Berücksichtigung der Qualifikationen, Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, ungenügender Einbezug des Personals bei Beförderungen.

**1960** Das Ergebnis der Revision des Besoldungsdekrets war erfreulich und bedeutete einen Meilenstein im Besoldungswesen. Ein neuer Entwurf soll die Überzeit der Handwerker, Arbeiter und des Strassenpersonals entsprechend der Praxis des Kantonsspitals regeln. Demnach soll von 22 bis 5 Uhr für Überzeit ein Zuschlag von 35% zum Stundenlohn gelten. Als normale Arbeitszeit galten 48 Stunden für Arbeiter, Pflegepersonal 54 Stunden. Bei Chefbeamten sollten überhaupt keine Überstundenfragen auftauchen. Anders die Verhältnisse bei der Polizei.

An der Präsidentenkonferenz des Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz beschliesst man, Lohnforderungen zu stellen sowie eine neue Teuerungszulage zu verlangen.

Die Arbeitszeitverkürzung infolge von Automatisierung und Rationalisierung liess sich nicht mehr aufhalten. Mit der Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer sollte gleichzeitig die Fünftagewoche eingeführt werden.

**1961** An der GV wird Präsident Franz Frei nach 12 Jahren verabschiedet. Der kantonale Berufsberater und Vorsteher des kantonalen Lehrlingsamtes bleibt Mitglied der Besoldungskommission. Das Präsidium übernimmt Carlo Stadler, Abteilungsleiter der Kantonalen Brandversicherungsanstalt.

Erstmals werden zwei Frauen in den Vorstand gewählt: Frl. lic. iur. Judith Stamm, Polizeiassistentin Kantonspolizei, und Frl. Dr. iur. Annemarie Schmid, Amtsschreiberin Statthalteramt Luzern-Stadt.

**1962** Die beiden Vorstandmitglieder Annemarie Schmid und Judith Stamm laden ihre Kolleginnen zu einem schwarzen Kaffee ins Café Bühlmann am Hirschenplatz und später zu einem Mittagessen ein.

**1963** Der Regierungsrat beschliesst eine kleine, aber leistungsfähige Lochkartenanlage anzuschaffen. Der Chef der Datenverarbeitungsanlage, Bruno Lammer, zeigte an einer Pressekonferenz, wie schnell und exakt der Computer eine Lohnerhöhung bewältigt. Nach nicht ganz 40 Sekunden lagen 50 fixfertige Besoldungsabrechnungen vor.

Der Vorstand genehmigte die Erweiterung des «Korrespondenzblattes», woran sich ab Neujahr auch der Städtische Verband beteiligte. Viel zu reden gaben auch Fragen zur Pensionskasse, insbesondere der Einbau der Besoldungserhöhung in die Pensionsversicherung. Die Anträge des PK-Vorstandes wurden nicht angenommen.

Die bald in Kraft tretende Kilometerentschädigung für Motorfahrzeuge entsprach mit wenigen Ausnahmen den Erwartungen der Beamtschaft.

Am 19. Oktober 1963 feiert der Verband sein 50-jähriges Bestehen mit 600 Teilnehmenden.

**1964** Die GV beschliesst den neuen Namen: Staatspersonalverband des Kantons Luzern, und legt fest, dass in Sachen Besoldung etwas zu geschehen habe.



Vorstand im Jahr 1961.



«Wir haben immer etwa für die gleichen Anliegen gekämpft: um die Arbeitszeit, Teuerungszulagen, Leistungen, Pensionskasse», erinnert sich Hans Lütolf, der als Lehrer an der Kantonschule von einem Kollegen angefragt worden war, ob er als Berichterstatter für Wirtschaftsthemen im Lspv-Vorstand mitwirken wolle. Er sagte zu, weil er dort sein Fachwissen in Ökonomie anwenden konnte. Später vertrat er den Lspv bei der Luzerner Pensionskasse und wurde deren Präsident.

Hans Lütolf ist überzeugt, dass die Situation für die Angestellten heute schlechter wäre, wenn es den Verband nicht gäbe, und nennt als grössten Erfolg während seiner Zeit für den Verband die Ein-

führung des Sterbegeldes. Gründe, dem Lspv beizutreten, gibt es für ihn auch heute noch eine Reihe: «Der Verband setzt sich für die Anliegen der Mitarbeitenden ein. Die Mitglieder haben Einkaufsvergünstigungen und Vergünstigungen bei der Krankenkasse. Zudem ist es eine Frage der Solidarität.»

Der ehemalige HWV-Rektor findet es wichtig, dass der Lspv keine parteipolitischen Interessen vertritt, sondern die Interessen der Arbeitnehmenden. «Aus Erfahrung weiss ich, dass der Verband ein grosses Gewicht hat. Man hört auf ihn», betont er.

Hans Lütolf, Rektor HWV, langjähriges Vorstandsmitglied, Vizepräsident und Redaktor des «Korrespondenzblattes»

Mitte Mai fand zum zweiten Mal eine Flugreise nach Rom statt. Im Oktober unternahmen die Mitglieder des Beamtenvereins der Stadt Luzern und des Lspv den Leodegar-Ausflug nach Biel.

**1965** An der GV in der Psychiatrischen Klinik St. Urban wird ein «zünftiges» Zvieri für vier Franken pro Mitglied beschlossen und eine Kommission zur Überprüfung des Unfallschutzes eingesetzt.

Eine interne Studienkommission erarbeitete im Auftrag des Vorstandes einen «Wunschatalog» Besoldungen zuhanden des Regierungsrates.

Am 17. Juli wird in Engelberg das zweite Ferienhaus eingeweiht.



Ferienhaus in Engelberg: ein weiteres Angebot für die Mitglieder.

Ende August trat Dr. H. Albisser, Präsident der Pensionskasse, zurück und übergab das Amt an Vizepräsident und Vertreter des Staatspersonalverbandes Anton Mehri, Vorsteher-Stellvertreter der kantonalen Ausgleichskasse. Sein Vize wurde der 36-jährige lic. iur. Karl Schmid, Departementssekretär II des Finanzdepartementes.

**1966** An der GV vom 18. Juni in Baldegg wird über die Einführung der 5-Tage-

Woche informiert. Der Verband hatte im April ein Gesuch eingereicht. Rund 50% der Mitglieder hatten sich an einer Umfrage beteiligt, 415 sprachen sich für die 5-Tage-Woche aus.

**1967** Der Regierungsrat bewilligt die 5-Tage-Woche versuchsweise, die in der Privatwirtschaft zum Teil schon seit Jahren selbstverständlich ist.

Anstelle eines Festaktes unternahm der Personalverband Kantonsspital zu seinem 25-jährigen Bestehen eine Carfahrt ins Berner Oberland.

Im Vorstand stellte man mit Erstaunen fest, dass vorzeitige Pensionierungen (Nichtwiederwahl) vorgenommen wurden, und erkundigte sich beim Regierungsrat über die Ursachen.

Das alte Postulat der Unfallversicherung war auf gutem Weg; der Vorstand erhielt eine Vorlage für eine zweite Lesung.

**1969** Der Lspv tritt der Vereinigung luzernerischer Angestellten- und Beamtenverbände (VLAB) bei und beteiligt sich an gemeinsamen Aktionen, z. B. gegen Sparpakete und Sanierungsmassnahmen, oder an Wahlsymposien.

Das Besoldungsdekret brachte vor allem dem Pflegepersonal eine längst verdiente Verbesserung; praktisch allen Begehren des Verbandes wurde Rechnung getragen. Die Werbeaktion von Kassier Rudolf Schmid brachte 74 neue Verbandsmitglieder.

Die von über 800 Mitgliedern und Gästen besuchte 50-Jahr-Feier der Kantonalen Pensionskasse im Kunst- und Kongresshaus war ein grosser Erfolg.

**1970** Dr. W. Bühlmann und seine Mitarbeiter stellen den seit einem Vierteljahr in Betrieb stehenden Computer vor. Die Anlage erledigte bereits das gesamte Besoldungswesen, die Rechnungstellung für die Eidg. Wehrsteuer sowie die Staats- und Gemeindesteuern für neun Gemeinden.

Der Lspv beantragt beim Regierungsrat eine Verbesserung der Pensionskassenleistungen, insbesondere den Einbau einer unentgeltlichen Todesfallrisikoversicherung.

Der Lspv organisiert im Juni die Delegiertenversammlung der Staats- und Gemeindepersonalverbände in Luzern. 180 Beamte aus 73 kantonalen und kommunalen Verbänden nehmen teil.

**1971** Der Vorstand sucht im Mai beim Regierungsrat um eine Reallohnverbesserung von 6% nach. Grundsätzlich war das Anliegen unbestritten, doch verwies Departementssekretär Karl Schmid auf die angespannte Finanzlage.

Endlich konnte die Betriebsunfallversicherung für das gesamte Staatspersonal verwirklicht werden.

**1972** Die neue Ferienregelung wird eingeführt: drei Wochen bis zum 39. Altersjahr, vier Wochen für 40- bis 54-Jährige, und fünf Wochen ab 55.

Auf den 1. Januar kam die zweite Stufe für den 13. Monatslohn (3% Lohnerhöhung) zum Tragen. Analog der Erhöhung von 1971 wurde dieser nicht in den Grundlohn eingebaut, sondern im November als 13. Monatslohn ausbezahlt.

**1973** Die Mehrheit der Mitglieder spricht sich für eine individuelle Arbeitszeitregelung aus, die der Regierungsrat lediglich als Versuch während eines Jahres bewilligt.

**1974** 1974 war eines der arbeitsreichsten Jahre in der Verbandsgeschichte, besonders für die beiden Mitglieder im Ausschuss der Kommission zur Revision des Besoldungsdekretes, Peter Brägger und Rudolf Schmid. Eine Erhöhung der Familienzulage auf 1200 Franken sowie eine aufzahlungsfreie Erhöhung der versicherten Besoldung von 11% waren wichtige Erfolge. Zudem beschloss die ausserordentliche GV der Pensionskasse mit überwältigendem Mehr, das System des

Koordinationsabzugs zu ändern, dem der Grosse Rat am 2. Dezember zustimmte.

Gemäss Beschluss des Regierungsrates werden zur Berechnung der versicherten Besoldung 10% Teuerungszulagen angerechnet. Dadurch konnten doch die grosse Mehrheit aller Wünsche erfüllt werden.

**1975** Das neue Besoldungsdekret tritt in Kraft; sodass sich Luzern im Mittel der Vergleichskantone befindet.

Der Regierungsrat beschliesst, den Lohn der Beamten nur noch bargeldlos auszusahlen.

Der Lspv unterstützt erneut das Kleintheater und ermöglicht den Mitgliedern einen verbilligten Besuch.

In sehr zähen Verhandlungen war der neue Kollektivvertrag mit den Partner-Krankenkassen unter Dach. Im Verlauf des Jahres kamen 234 Mitglieder neu hinzu, sodass der Bestand am 31. März auf 1584 angestiegen war.

**1977** Der Lspv nimmt zum neuen Statutenentwurf der Pensionskasse Stellung. Es wurden diverse Verbesserungen zum Einbau der Teuerungszulagen in die Renten sowie die Auszahlung der Kinderzulagen gemäss Regelung der AHV angeregt. Zudem soll für Vorstandsmitglieder eine Altersgrenze festgelegt werden.

**1980** Ab 1. Juli werden die Kinderzulagen auf Fr. 80.– erhöht – die Verhandlungen mit dem Regierungsrat, dem Finanzdirektor und dem Personalchef R. Hofer haben Früchte getragen. Eine Eingabe für Reallohnverbesserung war geplant, sobald die neuen Zahlen der Vergleichskantone vorlagen.

In den folgenden fünf Jahren werden auf Antrag des Verbandes Ferien, Dienstaltersgeschenk und Arbeitszeiten verbessert. Reallohnverbesserungen werden erreicht, eine Geburtszulage eingeführt und eine Vollkaskoversicherung für Dienstfahrten gutgeheissen.

Themen im Vorstand: der vorzeitige Altersrücktritt und die Verkürzung der Arbeitszeit.

**1983** Gegen die umfassende Effizienzstudie der Regierung meldete der Lspv Bedenken an.

Der Vorstand wollte zum Entwurf der Verordnung über die Nebenbeschäftigung

## Profitieren Sie jetzt von Ihren Spezialkonditionen!

Dank der Partnerschaft mit Allianz Suisse Versicherungen kommen Sie als Mitglied des Lspv in den Genuss von interessanten Vergünstigungen. Sowohl für Ihr Auto und Motorrad als auch für alles rund um Ihren Haushalt haben Sie Anrecht auf attraktive Spezialkonditionen.

Lassen Sie sich beraten, damit Sie sich im entscheidenden Moment auf die Leistungen der Allianz Suisse verlassen können.

Hoffentlich Allianz versichert.

Allianz 

Für Beratung oder Offerte: [verguenstigungen@allianz.ch](mailto:verguenstigungen@allianz.ch), Tel. 058 358 50 50 oder direkt bei Ihrem Berater.

des Staatspersonals ein paar Änderungen. Die Anträge wurden zum Teil abgelehnt, die Verordnung gilt nicht für die Lehrerschaft.

Vorstandsmitglied Dr. Josef Egli war mit dem besten Resultat zum Regierungsrat gewählt worden und verliess den Vorstand. Vizepräsident Hans Lütolf übernahm ab 1. Juli das Präsidium der Kantonalen Pensionskasse. Er trat deshalb als Vizepräsident und als Redaktor des «Korrespondenzblattes» zurück. Neuer Vizepräsident wurde Vorstandsmitglied H. U. Barmet.

**1984** Der Verband forderte, dass die «Unterbesoldung des Staatspersonals» von 8% bis 10% beseitigt und die 42-Stunden-Woche eingeführt wird.

Ein Feuerlöschkurs für die Staatsangestellten war sehr schnell ausgebucht.

**1985** Ein Mitgliederantrag für eine Woche mehr Ferien bei einer Wochenstunde längerer Arbeit soll dem Regierungsrat unterbreitet werden. Eine Arbeitsgruppe unter Vizepräsident H. U. Barmet wird eingesetzt, um sich kritisch mit dem Personalgesetzentwurf auseinanderzusetzen.

Der Verband nahm seinen Antrag von 1983 für einen arbeitsfreien 2. Januar wieder auf. Am 27. September erklärte der Regierungsrat den 27. Dezember 1985 und den 2. Januar 1986 zu freien Tagen. Zur Kompensation des 27. Dezembers 1985 wurde an zwei Samstagvormittagen gearbeitet.

1090 Mitglieder nahmen an der Umfrage zum vorzeitigen Altersrücktritt teil. 54% erwogen, vorzeitig in Pension zu gehen bei aktuell vergleichbarer Rentenkürzung (1985). 65% wären bereit, ab dem 50. Altersjahr freiwillig höhere Pensionskassenbeiträge à Conto eines vorzeitigen Rücktritts zu entrichten.

**1986** Der Regierungsrat lehnt die Abgabe von Reka-Checks sowie die gewünschte Realloohnerhöhung angesichts der Finanzlage ab. Das neue Personalgesetz soll im Herbst dem Parlament unterbreitet werden. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde ab 1. 1. 1987 um eine Stunde auf 43 Stunden reduziert.

**1987** Im April wurde beim Regierungsrat das Anliegen der 42-Stunden-Woche und des freien Vormittags am 24. und 31. Dezember deponiert. Als im Oktober



Vorstand 1988: Fototermin anlässlich 75-Jahr-Feier.

noch nichts passiert war, erarbeitete der Verband einen Resolutionstext.

Im Juli 1987 schlossen sich 17 Personalverbände/Gewerkschaften zur Arbeitsgemeinschaft der Personalverbände (ALP) zusammen. Der Lspv trat der ALP nicht bei, strebte jedoch eine gute Zusammenarbeit mit ihr an.

Im Oktober nahm der Verband zur Teilrevision der Verordnung über die Kantonale Pensionskasse Luzern Stellung und verlangte Verbesserungen für die Witwenrente.

**1988** Der Regierungsrat wird um einen gedeckten Unterstand für Zweiräder gebeten. Zudem liefert der Projektausschuss dem Regierungsrat den Bericht «Effiziente Verwaltung» ab.

Auf den 1. Januar wurde eine Teuerungszulage von 2,76% festgesetzt. Im Februar wurde die Resolution zur Einführung der 42-Stunden-Woche verabschiedet.

Der Lspv feiert sein 75-jähriges Bestehen im Union-Saal.



75-Jahr-Feier im Union-Saal.

Im Juli lehnte der Regierungsrat eine lineare Lohnerhöhung von 2% und einen einheitlichen Sockelbeitrag von Fr. 840.– pro vollamtlichen Mitarbeiter im Budget für 1989 ab. Der Verband meldet seine Einwände an.

In seiner Stellungnahme ans Parlament akzeptiert der Lspv das im Personalgesetz vorgesehene Streikverbot, fordert aber zeitgemässe Löhne und Anstellungsbedingungen und veröffentlicht ein Communiqué zur Unterbesoldung des Staatspersonals.

**1989** Die 42-Stunden-Woche mit dem Wahlrecht 43-Stunden-Woche und Kompensation mit freien Arbeitstagen, die Anpassung der täglichen Blockzeiten und die



«Ich war von 1978 bis 1991 im Vorstand des LSPV. Weil ich mit 21 Jahren sehr jung war, musste ich mich beim Vorstand vorstellen. Sie wollten mich zuerst mal sehen und ausloten, ob ich die richtige Person bin. Ich bestand die Prüfung, und es lag nahe, dass ich als Mitarbeiter der AHV-Ausgleichskasse die Sterbekasse und das Versicherungswesen übernahm. Damals hatte das Sterbegeld von 1000 Franken noch eine andere Bedeutung. Es passierte aber immer wieder, dass die Hinterbliebenen nicht wussten, dass der Verstorbene Mitglied der Sterbekasse war und sie das Sterbegeld zugute hatten. Deshalb musste ich die Todesanzeigen in den Zeitungen kontrollieren. Eine grosse Hilfe war mir Ruedi Schmid selig, ein richtiges Phänomen, der sehr viele Mitglieder persönlich kannte, wie es eben damals noch üblicher war.

Das Versicherungswesen ist bis heute für viele ein Grund, dem Verband beizutreten. Dank dem Kollektivvertrag, den wir seinerzeit mit Konkordia und der Christlich-Sozialen Kranken- und Unfallkasse (heute CSS) hatten, konnten sich die Mitglieder zu günstigen Konditionen versichern. Die Konditionen haben wir ausgehandelt, indem wir uns regelmässig mit den Versicherungsvertretern an einen Tisch setzten. Die Zusammenarbeit war immer gut, und dank der guten Beziehung konnte man Fragen jeweils unbürokratisch klären. Um mein Wissen entsprechend zu festigen und zu erweitern, habe ich eigens für meine Funktion einen Konkordatslehrgang absolviert.

Die Zusatzversicherung für Unfall/Invalidität, die man damals noch abschliessen konnte, habe ich immer noch.»

Urs Hofstetter,  
Direktor AHV-Ausgleichskasse Luzern

**Luzerner Staatspersonal will endlich mehr Lohn**  
**1. August: Mit Arbeit feiern**  
**Siehe LNN.**

Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Einführung der gleitenden Arbeitszeit sowie Vollzugsmassnahmen für die Kontrolle der individuellen Arbeitszeiten werden Wirklichkeit. Mitgliederbestand: 3020 Personen.

In einer Stellungnahme zur Revision der Besoldungsverordnung und der Personalverordnung wünscht der Lspv, dass die Nacht- und Sonntagsarbeit neu geregelt wird.

**1990** Der Verband verlangt einen arbeitsfreien 1. August, zusätzliche Ruhezeiten bei unregelmässigen Arbeitszeiten, 25% Überzeitzuschlag, mehr Ferien für Lehrlinge, besoldeten Urlaub bei bestimmten Ereignissen, eine unabhängige Stelle für die Mitarbeiterbeurteilung sowie eine Regelung für Fortbildung.

Da die Teuerung stark angestiegen ist und der Ausgleich Mitte Jahr nicht mehr automatisch erfolgt, stellt der Vorstand einen entsprechenden Antrag.

**1991** Am 15. November wehrt sich das Luzerner Staatspersonal gegen die Reduktion des Personalaufwandes um zehn bis fünfzehn Millionen Franken.

## Exklusive Prämienrabatte für Lspv-Mitglieder.

Informieren Sie sich über Ihre Sparvorteile.  
Die CSS-Agentur in Ihrer Nähe finden Sie unter [www.css.ch/agentur](http://www.css.ch/agentur). Oder Telefon 0844 277 277.  
**Ganz persönlich.**





Sie wurden 1982 zum Präsidenten gewählt. Was waren damals die grössten Anliegen des

#### Staatspersonals?

P.K.: Die Löhne des Staatspersonals, vor allem diejenigen der Polizei und des Pflegepersonals, lagen deutlich zurück. Auch die Arbeitszeiten waren im Vergleich mit der Privatwirtschaft überdurchschnittlich hoch.

#### Was haben Sie dagegen unternommen?

P.K.: Wir haben die Öffentlichkeitsarbeit stark ausgebaut. Wir haben regelmässig die Medien und die Parlamentarier mit Fakten bedient. Es war damals ziemlich ungewohnt, dass das Personal im öffentlichen Dienst an die Medien gelangt.

#### Hatten Sie damit Erfolg?

P.K.: Ja, ziemlich. Die Besoldungen, vor allem diejenigen der Polizei und des Pflegepersonals, wurden sukzessive angepasst. Es gelang auch, die Zustimmung des Parlaments zu einer namhaften Zahlung (auf Kosten der Staatskasse) in die Kantonale Pensionskasse zu erwirken, womit das versicherungstechnische Defizit der Kantonalen Pensionskasse verbessert werden konnte. Dienstaltersgeschenke konnten in Form von Ferien bezogen werden. Der 2. Januar wurde arbeitsfrei.

Welchen Zeitaufwand haben Sie für den Verband betrieben?

P.K.: Ich reduzierte mein Pensum im Baudepartement auf 80% und konnte dadurch einige Stunden pro Woche Verbandsarbeit leisten. Zudem war ich Redaktor des «Korrespondenzblattes», womit wir ebenfalls Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Was sind heute Ihre Haupttätigkeiten als Anwalt?

P.K.: Ich bin in verschiedenen Kantonen für Gemeinden und Unternehmen in der Energiewirtschaft tätig. Ich begleite juristisch Projekte von der Planung bis zur Realisierung und erarbeite Verträge.

Was sind Ihrer Meinung nach heutzutage die Hauptaufgaben des Staatspersonalverbandes?

P.K.: Im Innenverhältnis muss der Verband gegenüber dem Regierungsrat Mängel aufzeigen und Verbesserungen vorschlagen. Im Aussenverhältnis muss der Verband weiterhin die Stimmbürger und das Parlament mit konsequenter Öffentlichkeitsarbeit überzeugen, dass ein gut funktionierender Staatsapparat seinen Preis hat.

Interview mit Ehrenpräsident Dr. Pius Kost, Rechtsanwalt, Luzern (Präsident 1982 bis 1996)

**1992** ALP und Lspv bekämpfen die neue Aufteilung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag der Pensionskassen (KPK/LPK) und verlangen für Änderungen das Okay des Grossen Rates. Ebenfalls wehren sie sich gegen die Nichteinführung einer Zeitgutschrift für Nacharbeit, was 1990 2352 Petitionäre verlangt hatten.

Am 15. September fordert der Vorstand des Staatspersonalverbandes, dass die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen anzustreben sei.

**1993** Der Grosse Rat beschliesst aus Spargründen eine vierjährige befristete Lohnreduktion von 1% für die Staatsangestellten auf 1994, die Halbierung der Dienstaltersgeschenke, die Abschaffung des automatischen Stufenanstiegs pro Dienstjahr, die Streichung der obligatorischen Teuerungszulage sowie einen vollständigen Personalstopp. Gegen alle Proteste der Arbeitnehmerverbände fand das regierungsrätliche Sparpaket grosse Zustimmung in der grossrätlichen Finanzkommission.

Um die Rentenleistungen überlebender Ehepartner zu verbessern, verlangten der Lspv und der Polizeibeamtenverband eine Anpassung der Pensionskassenverordnung.

Am 7. Oktober lancieren ALP und Staatspersonalverband eine Petition für den vollen Teuerungsausgleich für das Staatspersonal und die Lehrerschaft des Kantons Luzern.

**1994** Die Personalverbände erklären sich bereit, unter gewissen Bedingungen eine einprozentige Lohnkürzung mitzutragen. Der Lspv-Vorstand ersucht den Regierungsrat erfolgreich, die seit dem 1. Januar geltende Kürzung der Besoldung von 1994 bis 1997 auf der Lohnabrechnung auszuweisen.

Die Teilrevision der Verordnung über die Kantonale Pensionskasse geht in die Vernehmlassung. Der Verband bringt nun seine alte Forderung zur Rente des überlebenden Ehegatten und zu einer freiwilligen Risikoversicherung wiederum ein.

1992 hiess das Verwaltungsgericht zwei Verbandsmitglieder gegen die Berechnung des Teuerungsausgleichs für Neurentner gut. In der Folge korrigierte die Kantonale Pensionskasse rückwirkend sämtliche von der Praxisänderung betroffenen Renten.

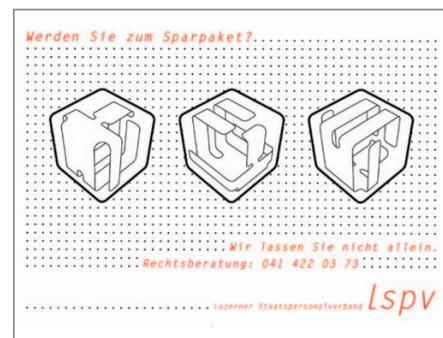
Nach langjähriger Tätigkeit im Vorstand traten Othmar Blum (seit 1989), Josef Renggli (seit 1972) und Konrad Tanner (seit 1972) zurück und wurden durch Thomas Lemp, Theres Kaufmann und Anton Steiner ersetzt.

**1995** Der Beschluss des Grossen Rates, die Teuerungszulagen trotz des für vier Jahre geltenden Sparprozents zu kürzen, sorgt für Ärger. Mit einer Resolution wehrte man sich gegen die ständigen Sparübungen und richtete eine Reihe von Forderungen an die Regierung.

Der Regierungsrat schickte Ende 1995 verschiedene geplante Änderungen des Personalrechts in die Vernehmlassung: Abschaffung des Beamtenstatus und Neuerungen beim Lohnklassenwechsel. Der Verband wehrt sich nicht für den Beamtenstatus, weist aber darauf hin, dass die damit verbundenen Pflichten wie Streikverbot und Wohnsitzpflicht aufgehoben werden müssen.

**1996** Der Verband ist über die passive Haltung des Regierungsrates im Zusammenhang mit der Sistierung des Stufenanstiegs enttäuscht.

Präsident Dr. Pius Kost gibt nach 14 Jahren seinen Rücktritt bekannt. Er wird Ehrenmitglied. Anstelle eines neuen Präsidenten ist eine Geschäftsleitung vorgesehen.



Wiederum grosses Sparpaket angesagt.

Der Regierungsrat hatte dem Grossen Rat für 1997 ein neues 50-Millionen-Sparpaket unterbreitet. Dagegen und gegen die Sistierung des Stufenanstiegs schlossen sich die Personalverbände zusammen. Die Sistierung des Stufenanstiegs wurde am 22. September vom Volk abgelehnt.

Im Dezember erschien das «Korrespondenzblatt» nach 83 Jahren letztmals in der gewohnten Form.

**1997** Aus Spargründen werden die 12 Lohnstufen in 36 aufgeteilt – ohne Teuerungsanteil und Übernahme der NBU-Prämien. Gegen die Aussetzung des Stufenanstiegs wehren sich der Staatspersonalverband, die ALP und die Vereinigung Luzerner Angestellten- und Beamtenverbände erfolglos.

Im Zuge der Erneuerung der Lspv-Organisation wurde eine Geschäftsstelle an der Maihofstrasse 52 geschaffen und der erste Geschäftsführer (Luc Ulmer) in Teilzeit angestellt.

Die Statuten werden leicht modifiziert, das Leitbild genehmigt und das neue, nur noch vom Staatspersonalverband getragene «Transportmittel fokus» sowie ein neues Logo geschaffen.

**1998** Der Grosse Rat stimmt erwartungsgemäss Sparvorschlägen der Regierung zu. Diese bringen dem Personal zwei Prozent weniger Lohn.

Der Lspv trat im April 1998 aus dem Verein Luzerner Angestelltenverbände aus, weil er das jahrelange gute Verhältnis zum Arbeitgeber gefährdet sah.

Neu wurden der 24. und 31. Dezember arbeitsfrei und damit ein altes Anliegen des Lspv erfüllt. Dafür wurde der bis anhin um eine Stunde frühere Arbeitsschuss vor neun Feiertagen aufgehoben. Zudem wurde eine



Vorstand im Jahr 1998 mit Projektleiterin Ursula Suri von der HWV Luzern, die mit der Dozentin Verena Glanzmann die neue Organisationsstruktur für den Lspv erarbeitete. In der Folge wurde Luc Ulmer (hinterste Reihe Zweiter rechts) als erster Geschäftsführer für den Lspv angestellt.

# KISS ME, KATE

Musical von Cole Porter

Premiere: 31. Oktober 2013

Principal Partners: Luzerner Kantonalbank MIGROS kulturprozent

Die Lspv schenkt ihren Mitgliedern 20% auf jede Theaterkarte!  
Kontakt: Lspv@bluewin.ch, 041 422 03 73

**LUZERNER THEATER...**  
www.luzernertheater.ch

Schlichtungsstelle geschaffen. Ein konkreter Vorschlag zur vorzeitigen Pensionierung und die Formulierung der Grundsätze der Personalpolitik fehlten immer noch.

**1999** Das neue Besoldungssystem sah für das Personal noch 0,2% der Lohnsumme für Besoldungserhöhungen in diesem Jahr vor. Zudem konnte ab dem 1. Januar das Dienstverhältnis durch die zuständige Behörde auch vor der Erfüllung des 65. Altersjahres beendet werden. Der Verband wehrte sich.

Im Hinblick auf eine mögliche Fusion der Kantonalen Pensionskasse und der Lehrerpensionskasse zur Pensionskasse LUPK fordert der Lspv, dass die Ordnungsrevision entgegen der vorgelegten Fassung leistungsneutral vollzogen werden musste. Für die Beibehaltung des garantierten Teuerungsausgleichs setzen sich der Lspv und der PVLS (Pensioniertenverband) vergeblich ein.



Erstmals Co-Präsidium gewählt.

Der neu gewählte Grossrat und Lspv-Vorstandsmitglied Armin Steiner sowie Vorstandsmitglied Helga Christina Stalder übernehmen in einem Co-Präsidium die Führung des Lspv.

**2000** Der Lspv verlangt an der GV die Abschaffung der Blockzeiten und tägliche Pausen von 15 Minuten pro Halbtage. Zudem sollten der Vaterschaftsurlaub auf fünf Tage erhöht, ein Elternurlaub und mindestens ein besoldeter Zügeltag eingeführt werden. Die Erhöhung der Lohnfortzahlung bei Krankheit/Unfall auf 730 Tage und das Besoldungssystem sollen vor allem bei typischen Frauenberufen überprüft werden. Für das Jahr 2001 fordert der Lspv zusammen mit der ALP einen Besoldungsanstieg von 4%.

Die Lohnkürzungsinitiative lehnten nebst andern Personalverbänden auch die ALP und der Lspv ab.

Grossrat und Lspv-Co-Präsident Armin Steiner wurde im April zum Gemeinderat in Root gewählt. Er gab sein Co-Präsidium auf Ende Jahr ab, blieb aber Vorstandsmitglied. Co-Präsidentin Helga Christina Stalder wird zur Präsidentin gewählt.

**2001** Der Lspv ist enttäuscht, dass die Reduktion der Jahresarbeitszeit (40-Stunden-Woche) bei der Revision des Personalgesetzes nicht berücksichtigt wurde. Er verlangte zudem, das Angebot der Kinderbetreuung bei der nächsten Revision in der Personalverordnung für alle Berufskategorien zu verankern.

Die vom Lspv organisierte Veranstaltung zum «Neuen Besoldungssystem» stiess auf überwältigendes Interesse.

**2003** Mit Rechtsanwalt Martin Schwegler wird nach langem wieder ein Externer zum Präsidenten gewählt. Geschäftsführerin Patricia Ugolini Reiners tritt wegen Familienpflichten zurück; Helga Christina Stalder wechselt vom Präsidium in die Geschäftsführung.



Der selbständige Rechtsanwalt Martin Schwegler wird zum Präsidenten gewählt.

In einer Umfrage bei 3000 Mitgliedern mit einer Rücklaufquote von 35% äusseren sich 84% mit dem Lspv zufrieden. 29% fanden die Arbeit des Lspv sehr wichtig, und 23% wollten von Krankenkassen- und Versicherungsrabatten, Rechtsauskunft, Teilnahme an Veranstaltungen, Spezialaktionen, Reka-Checks usw. sowie von seinem Engagement bei Lohnverhandlungen oder dem Kampf für Arbeitsbedingungen profitieren.

Der Vorstand der LUPK wehrte sich für einen verantwortungsvollen Deckungsgrad.

**2004** Nach einer öffentlichen Podiumsdiskussion des Lspv zum «Sparen ohne Grenzen» sammelten die Personalverbände in nur einer Woche 30 164 Unterschriften gegen das erneute Sparpaket. Sie äusserten ihren Unmut in einer Kundgebung auf dem Kornmarkt.

Der Lspv tritt nach langem Abwägen dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Luzerner Personalverbände (ALP) bei.

**2005** Sparpaket und Reformen wurden bisher von den Staatsangestellten mitgetragen. Gegen das Verzichtspaket 2006 und die Finanzreform 08 rufen alle Personalverbände zu einem Aktionstag auf, worauf der Grosse Rat unter anderem die vorgesehene Kürzung der Nachtschichtzulage zurücknahm.



In wenigen Tagen waren 2297 Unterschriften gegen die Kürzung der Nachtschichtzulagen gesammelt worden.



In seiner Funktion als Grossrat war Armin Steiner einer der wenigen, die den direkten Bezug

zu den Personalverbänden hatte. So kam ihm die wichtige Aufgabe zu, die Anliegen des Verbandes im Luzerner Kantonsparlament einzubringen. «Diese Verbindung war für mich ein grosser Vorteil; zudem war es wichtig, dass sich auch die bürgerliche Seite im Parlament für das Personal einsetzt, zumal auch viele unserer Mitglieder diesem Parteienspektrum angehörten», hält er rückblickend fest. Nebst dem direkten Informationsfluss ins Parlament und zum damaligen Finanzdirektor profitierte Armin Steiner auch umgekehrt und war frühzeitig an der Quelle, wenn personalrelevante Entscheide geplant und zur Diskussion standen.

Als wichtigen Erfolg in seiner Amtszeit bewertet der Rooter Gemeinderat und Prorektor Biomedizinische Analytik an der Höheren Fachschule für Ge-

sundheit Luzern unter anderem seinen Beitrag bei der Beratung des Personalgesetzes. So wurde beispielsweise die Mitsprache der Personalorganisationen verstärkt und im Gesetz verankert. Der Paragraf 61 regelt Information, Stellungnahme und Vorschlagsrecht.

Die Anfänge von Armin Steiners Vorstandstätigkeit waren geprägt durch tiefgreifende interne Veränderungen. Nach dem Ausscheiden von Dr. Pius Kost als langjährigem Präsidenten leitete er mit den verbliebenen Mitgliedern die Reorganisation des Vorstandes sowie die Professionalisierung der Verbandsstrukturen und übernahm schliesslich das Präsidium zusammen mit der heutigen Geschäftsführerin Helga Christina Stalder. Unter diesem Führungsduo wurde der erste Geschäftsführer angestellt und das Domizil an der Maihofstrasse bezogen.

Armin Steiner, langjähriges Vorstandsmitglied und Co-Präsident, alt Grossrat CVP



**2007** Der Lspv fordert eine Steigerung des Personalaufwandes von 3%. Zudem wollte er eine fünfte Ferienwoche (in zwei Etappen) geprüft haben. Seit 2003 haben die Staatsangestellten keine Teuerung mehr erhalten. Die Regierung entschied sich wiederum für eine individuelle anstelle einer linearen Lösung.



Studierende der KS Beromünster und des Spitals Wolhusen protestierten gegen die Schliessung vor dem Regierungsgebäude.

Nach der Bekanntgabe der Reform 2006 wehrten sich die Personalverbände gegen die Schliessung des Spitals Wolhusen, der Kantonsschule Beromünster und des Natur-Museums Luzern. Zudem verlangten sie als Sozialpartner Einsitz in die Projektorganisation Reform 06.

An der GV wird Peter Dietschi Nachfolger von Martin Schwegler als Verbandspräsident sowie als Präsident der Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personalverbände (ALP).

Der Grosse Rat beschloss die Anpassungen in der VO über die Luzerner Pensionskasse: Einführung einer Partnerrente, Anhebung der Verzinsung der Altersguthaben von 1,5 auf 2,5 Prozent. Zum wiederholten Mal wurde den Rentnern/innen keine Teuerungszulage gewährt.

Im September nahmen 200 Mitglieder am ersten Vorabendgespräch mit Emil Steinberger teil, das in den folgenden sechs Jahren mit anderen Persönlichkeiten fortgesetzt wurde.

**2008** Eine Umfrage des Lspv, bei der 3% der befragten 14 000 Staatsangestellten mitmachten, ergab: 54% wollten gut vertreten sein durch den Lspv in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Lohnforderungen, politisches Engagement, Beratung; 53% wollten mit dem Lspv sparen (Rabatte, Einkaufsvergünstigungen).

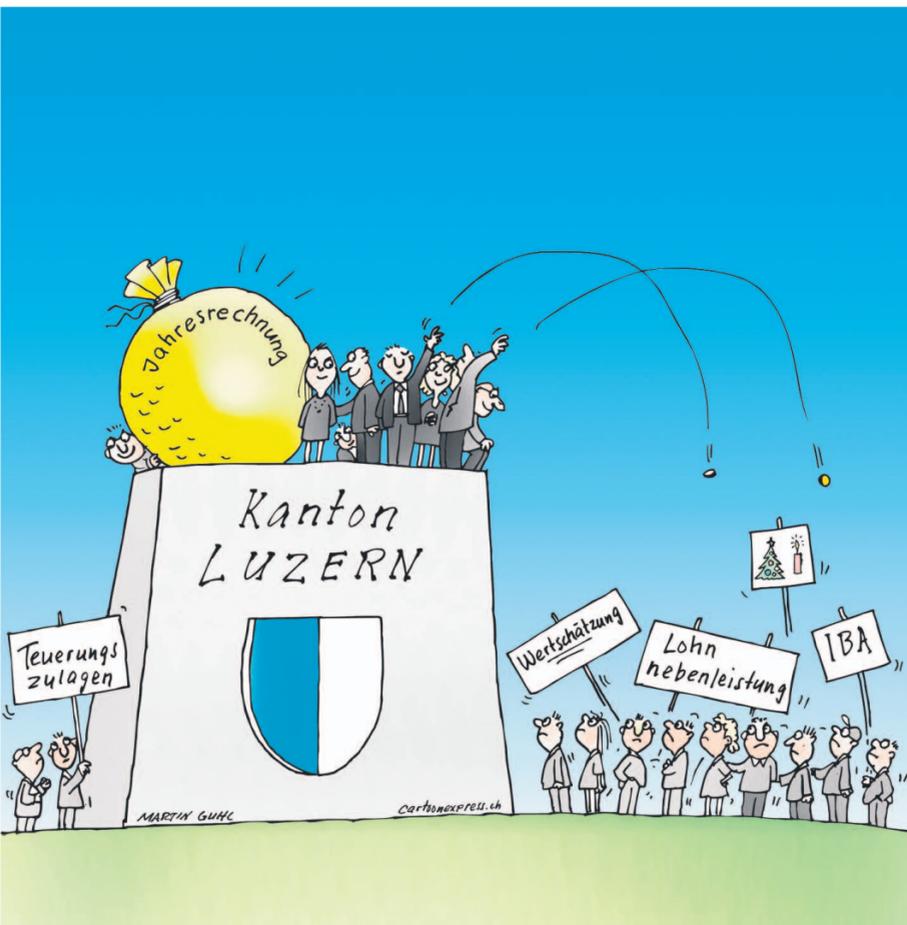
Zudem äusserten sich die Staatsangestellten zu «nichtmonetären Leistungen» des Arbeitgebers. Sie wünschten mehr Ferien und eine Beteiligung an den Kosten des Arbeitsweges – leider vergeblich. Verbesserungen gab es einzig bei der Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen.

**2009** Der Lspv, verstärkt durch den SBK und dem VSAO (Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärzte), kann mit den verselbständigten Luzerner Spitalern/Kliniken eine sozialpartnerschaftliche Vereinbarung aushandeln, die die Gleichbehandlung der Spitalangestellten mit den Staatsangestellten sichern soll. Daraus entwickelt sich eine Zusammenarbeit mit den Gesundheitsinstitutionen.

In den letzten Jahren konnten keine grossen Erfolge bei Lohnerhöhungen erzielt werden. Bei den wiederholt guten Erträgen in den Jahresrechnungen des Kantons Luzern hätten die Personalverbände jeweils mehr als die im Budget festgelegten Lohnerhöhungen erwartet. Im Kantonsrat wurde dafür keine Mehrheit gefunden.

Erstmals organisierte der Kanton Luzern eine Feier für seine in Pension gehenden Mitarbeitenden und erfüllte eine alte Forderung des Lspv.

**2010** Aufgrund der guten Jahresrechnung sprach der Regierungsrat über-



Von den wiederholt guten Jahresergebnissen profitierten die Mitarbeitenden kaum.

raschenderweise für seine Angestellten einen Bonus von Fr. 500–. Die Lehrpersonen der Gemeinden gingen leer aus, was Unverständnis auslöste.

Die Regierung schnürte ein Entlastungspaket von 61,9 Millionen Franken für die Jahre 2011 und 2012 trotz wiederholt fetten Jahreserträgen.

**2011** Der «Luzerner Index» wurde aufgrund eines Vorstosses im Kantonsrat aufgehoben. Damit wird der Rückstand der Luzerner Löhne nicht mehr offiziell zur Berechnung von Lohnerhöhungen anerkannt. Der Lspv befürchtet noch kleinere Lohnmassnahmen.

Der Regierungsrat beantragt beim Parlament 1,5% für Lohnerhöhungen, und bei den Lehrpersonen sollen strukturelle Massnahmen zur Lohnverbesserung beschlossen werden. Das Parlament weist das Budget zurück und beschliesst erst im März 2012 generelle Lohnerhöhungen von 0,8%. Weiterhin zahlen aber die Staatsangestellten einen Sanierungsbeitrag an die Pensionskasse. Die Massnahme für Lehrpersonen verkleinert den grossen Lohnunterschied im Kantonsvergleich wenigstens etwas.

**2012** Ein weiteres grosses Sparpaket steht an, inklusive Stellenstopp und Entlassungen, ohne Information oder Einbezug der Personalverbände. Präsident Peter Dietschi fordert, dass der Regierungsrat Lohnerhöhungen für die Staatsangestellten festlegen soll, und erntet Kritik aus politischen Kreisen.

Im November findet auf dem Kornmarkt eine Kundgebung gegen das weitere Sparen statt.

Im Dezember überreicht die ALP der Luzerner Regierung die Petition «Ruinöses Sparen zerstört!» Innert zwei Wochen unterzeichneten 7577 Luzerner/-innen den Antrag. Mit dem Projekt «Leistungen und Strukturen» will der Kanton in den nächsten zwei Jahren 132 Millionen Franken sparen.

**2013** Die Sparmassnahmen werden vom Kantonsrat beschlossen und sollen in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden.

Insbesondere ist das langerkämpfte Dienstaltersgeschenk von den Sparmassnahmen betroffen. Die neue Regelung sieht eine Halbierung vor, die Fünf-Jahres-Jubiläen werden wegfallen. Es ist keine Übergangsfrist bei der neuen Regelung vorgesehen. Der Verband hat sich dagegen gewehrt, leider ohne Erfolg.

Die aktualisierten Anhänge der BVO-Funktionsraster gehen in die Vernehmlassung. Der Kantonsrat beschloss in erster Lesung eine Änderung der Organisation der Pensionskasse. Die zweite Lesung findet im September statt. Der Deckungsgrad der Pensionskasse lag am 30. Juni bei 100,9%. Die Arbeitnehmenden zahlen seit 2012 einen Sanierungsbeitrag an die Lupk, der nun auf 2014 wegfallen wird.

## Präsidenten Staatspersonalverband

1913–1917 Dr. Alois Waldis

1917–1946 Gustav Hartmann

1946–1949 Dr. Werner Bühlmann

1949–1961 Franz Frei

1961–1972 Carlo Stadler

1972–1982 Peter Brägger

1982–1996 Dr. Pius Kost

1997 Projektleiterin Neuausrichtung Verband: Ursula Sury / Verena Glanzmann; HWV, IBR Luzern

1998–2000 Co-Präsidium: Armin Steiner, Helga Ch. Stalder

2001–2003 Helga Ch. Stalder

2003–2005 Martin Schwegler

2006– Peter Dietschi

## Auch nach 100 Jahren geht dem Lspv die Arbeit nicht aus.

Wertschätzung und gerechte Entlohnung, gute Arbeits- und Anstellungsbedingungen sowie der Kampf gegen den Abbau der Leistungen in der Pensionskasse stehen weiterhin ganz vorne auf der Aufgabenliste – dies kam im März auch an der 100-Jahr-Jubiläumsveranstaltung in der Swissporarena zum Ausdruck.



Lspv-Vorstand 2012 (ohne Präsident P. Dietschi).

Die Krankenversicherung der Schweiz ist auch die Krankenversicherung des LSPV.

Dank dem Kollektivvertrag mit der Helsana-Gruppe können Sie und Ihre Familienmitglieder von attraktiven Rabatten profitieren.

Jetzt informieren und gewinnen:

Helsana-Gruppe  
Generalagentur Luzern  
Priska Egli  
Telefon 043 340 15 34  
priska.egli@helsana.ch

Profitieren Sie von mindestens 15% Rabatt auf Zusatzversicherungen.

**Helsana**

Die Krankenversicherung der Schweiz.

# Lspv-Jubiläums-GV 2013

Das Jahr 2013 hat mit den Vorbereitungen zur Jubiläums-GV in der Swissporarena begonnen. Der Aufmarsch unserer Mitglieder zum 100-Jahr-Jubiläum hat uns überrascht. 200 Personen haben die Stadionführung besucht, und 412 Personen nahmen an der Veranstaltung mit kurzen Grussworten von prominenten Gästen,

dem Konzert der Polizeimusik, einem feinen Essen und dem äusserst unterhaltsamen Auftritt von «Veri» dem Abwart teil. Die Jubiläumsgeschenke – 2500 Lspv-Taschen und 400 Schrittzähler – waren noch vor Schluss der Veranstaltung verteilt, und die Reka-Aktion für unsere Mitglieder hat unser Budget gesprengt. Im September

konnten wir noch einige Früchtekörbe an die Arbeitsplätze unserer Mitglieder liefern, was uns einige Neumitglieder gebracht hat. Gut aufgenommen wurden auch das Sponsoring einer Mittagsakademie für das Kader in Zusammenarbeit mit der DS Personal, dem Zukunftsforscher Georges T. Roos und das Mitmachen am Projekt «Luzern geht

gern» der DS Gesundheit des Kantons Luzern. Das Jubiläumsjahr mit seinen Aktionen ist mit der Herausgabe der Jubiläumszeitung abgeschlossen. Der Lspv bewegt sich nun weiter für die Anliegen der Staatsangestellten und bittet Sie weiterhin um Ihre Unterstützung. Werben Sie Mitglieder – ein starker Verband nützt allen!



EIN SICHERES GEFÜHL  
IST FÜR UNS  
DIE BESTE MEDIZIN.



Wir tun alles, damit Sie gesund bleiben und gesund werden.

Der Luzerner Staatspersonalverband (Lspv) vertraut, wie rund 27 000 Unternehmen und 1,2 Millionen Versicherte, auf die führenden Versicherungslösungen von SWICA. Dank dieser Partnerschaft profitieren Mitarbeitende und deren Familienangehörige von umfassenden SWICA-Vorteilen bei Prävention, Krankheit und Unfall sowie von attraktiven Prämienrabatten. Entscheiden Sie sich jetzt für die beste Medizin. **Telefon 0800 80 90 80. [swica.ch/kontakt](http://swica.ch/kontakt)**

FÜR DIE BESTE MEDIZIN. **SWICA**



# 60 Jahre Pensioniertenverband (PVLS)

**Auch der PVLS feiert im 2013 ein rundes Jubiläum!**

Die Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee lockte am 19. September 350 Mitglieder an. Sie alle genossen auf den beiden Motorschiffen «Europa» und «Brunnen» ei-

nen gemütlichen Nachmittag, an dem man plaudern und lachen konnte, wie dies Präsident Dr. Franz Dommann in seiner kurzen Ansprache – nicht nur am Jubiläumsausflug – allen ans Herz legte.

Überzeugen Sie sich selbst: Die Stimmung auf der Brücke 5 vor dem KKL war

vor und nach der dreistündigen Rundfahrt von Luzern über Meggenhorn, Weggis, Treib, Brunnen, Kreuztrichter und zurück nach Luzern sehr gut. Es wurde viel gelacht, das Zvieriplättli hat geschmeckt – nur die Sonne zeigte sich nicht von der besten Seite, wie man das sonst auf den

Herbstausflügen des PVLS gewohnt ist. Das Organisationskomitee hat wiederum «ganze Arbeit» geleistet. Herzlichen Dank und nochmals

**Happy Birthday!**  
wünscht der Lspv



Besammlng auf der Brücke 5 vor dem KKL.



Abfahrt Punkt 13 Uhr.



Der Kapitän der MS «Europa» ist bereit.



Meisterleistung von Thomas Fueter: Triage der Teilnehmer/-innen auf die beiden Schiffe.



Auch die beiden Letzten ...



... haben einen Platz gefunden.



Warten aufs Zvieri-Plättli und ...



... miteinander an der frischen Luft plaudern.



MS «Brunnen» jagt MS «Europa» ...



... während Präsident Franz Dommann das tägliche Lachen empfiehlt.



Die Sonne suchen?



Plaudern auch am Präsidententisch: F. Dommann und Ehrenmitglied A. Gautschi



Doch noch etwas Sonne auf dem Oberdeck gefunden.



Interessante Gesprächsrunde auch bei den Ehemaligen des Kantonsspitals.



Im Hafen sicher zurück: MS «Europa» und ...



... MS «Brunnen».



Wieder festen Boden unter den Füßen.



Auch Kassiererin Rita Schildknecht genoss den Ausflug.

## Ein Verband entwickelt sich

Etwa die Hälfte der um 1950 pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter der kantonalen Verwaltung war Mitglied des Beamtenverbands. Dieser trug den Interessen der Rentner nicht immer genügend Rechnung, zum Beispiel, als es um die Teuerungszulagen der Renten ging. An der von Grossrat Franz Frei, dem damaligen Präsidenten des Beamtenverbandes, einberufenen Versammlung der pensionierten Verbandsmitglieder wurde deshalb am 4. Februar 1953 die Gründung einer Untergruppe zum Beamtenverband beschlossen. Das Pensionierungsalter lag damals bei 68 Jahren, und die vor 1948 Pensionierten erhielten noch keine AHV-Teilrente.

### 1953–1962

An der Gründungsversammlung vom 5. Februar 1953 liessen sich 130 Pensionierte und Witwen einschreiben. An der konstituierenden Versammlung vom 25. März 1953 wurde ein siebenköpfiger Vorstand gewählt, der als erstes und wichtigstes Ziel die Verbesserung des Teuerungsausgleichs anstrebte. Schon am 10. August 1953 reichte er dem Regierungsrat Vorschläge ein und doppelte später beim Grossen Rat nach. Darin findet sich auch eine heute noch aktuelle Frage: «Sollten wir im Dienste des Staates Luzern ergraute Häupter in Sachen Teuerungszulagen nicht eine analoge Behandlung verdienen, wie sie unsern Kollegen beim Bund usw. schon lange und selbstverständlich zukommt?» Der Grosse Rat berücksichtigte das Begehren nicht auf der ganzen Linie, aber doch weitgehend.

### 1963–1972

Die Mitgliederzahl hatte sich dank intensiver Werbung bis 1963 verdoppelt, der Jahresbeitrag betrug 3 Franken. Nebst der GV im März wurde regelmässig im Januar ein Vortrag oder Filmnachmittag sowie im Sommer ein Ausflug organisiert. Schon ab 1955 fand jeweils im November ein Gedenkgottesdienst für die verstorbenen Verbandsmitglieder statt.

Die Statutenrevision der Pensionskasse auf den 1. 1. 1966 brachte den schon lange angestrebten Rechtsanspruch der Rentner auf eine Teuerungszulage mit der gleichen Skala wie für das aktive Staatspersonal.

An der GV 1965 nahmen erstmals 100 Mitglieder teil. 1968 fanden die ersten Kontakte mit der Lehrerschaft statt, um die Interessen künftig gemeinsam zu verfechten.

Mit der Revision der Kassenstatuten 1970 wurde ein Anrecht auf ein Sterbegeld von Fr. 3000.– gesichert, das später auf Fr. 5000.– erhöht wurde.

Eine am 13. Dezember 1971 durch Grossrat Graber eingereichte Interpellation bezweckte eine Statutenrevision der Pensionskasse mit der Ermächtigung, bei den alten Grundrenten eine reale Erhöhung zu beschliessen. Der Stadtrat von Luzern hatte eine gestaffelte Sonderzulage auf die Renten bereits beschlossen.

### 1973–1982

Zur 20-Jahr-Jubiläums-GV war beinahe ein Drittel der Mitglieder anwesend. In der Jubiläumsansprache wurden die Kantonale Pensionskasse, der Kantonale Beamtenverband und der Verband der kantonalen Rentenbezüger als selbständige Organisationen erwähnt, die eine «Lebensgemeinschaft» bildeten.

Auf die GV 1974 erfolgte eine Totalrevision der Verbandsstatuten, wobei der neue Name «Verband der Kantonalen Rentenbezüger Luzern» später geändert werden musste. Wichtig war den Mitgliedern weiterhin der Zweckparagraf 2 «Wahrung der Interessen der Mitglieder und die Pflege der Kameradschaft». 1979 zählte der Verband 500 Mitglieder, und der jährliche Unkostenbeitrag der Kasse lag bei Fr. 5000.–.

### 1983–1992

Zum 30-jährigen Bestehen verzichtet man auf eine «Staatsaktion». 1985 standen für den Herbstausflug erstmals drei Cars im Einsatz. Mit Eugen Wicky als Wanderleiter konnte der Verband ab Herbst 1985 eine monatliche Wanderung anbieten.

Auf den 1. Januar 1985 trat das eidgenössische Gesetz der Beruflichen Vorsorge (BVG) in Kraft. Das Obligatorium brachte der Pensionskasse einen Zuwachs von 1800 neuen Mitgliedern. Glücklicherweise war man mit der Einführung der EDV für diese Mehraufgaben gerüstet. Auf die GV von 1986 wurde eine Revision der Verbandsstatuten vorbereitet mit dem bis heute geltenden neuen Vereinsnamen «Pensionierten-Verband des Luzerner Staatspersonals» und dem Signet «PVLS».

Auf den 1. Januar 1990 konnten die Statuten der Pensionskasse für das Staatspersonal in der neuen Form einer Verordnung in Kraft gesetzt werden, gleichlautend wie die Verordnung der Pensionskasse für die Volksschullehrer. Nicht nur eine individuelle, sondern auch eine generationengerechte

Pensionskasse war das Ziel. Die leidigen Aufzählungen fielen weg, und statt Kassenjahre war neu das Altersguthaben Grundlage für die Berechnung der Rente. Die teuerungsbedingte Anpassung entsprach jener der Angestellten.

### 1993–1999

1993: Anstieg des Mitgliederbestandes auf 843; Jahresbeitrag Fr. 10.–. In den 90er-Jahren begann sozialpolitisch ein frostigeres Klima. Ein Sparpaket löste das andere ab. 1998 beschwerte sich der Rentnerverband bei der Regierung, weil er über die Presse von den Gesprächen zwischen Regierung und Verbänden über den Teuerungsausgleich erfahren hatte.

Ende 1998 lud die Kantonale Pensionskasse zu einer ausserordentlichen Versammlung ein. Einziges Traktandum: Stellungnahme zur Fusion der Kantonalen Pensionskasse und der Lehrerpensionskasse zur LUPK sowie zur Ordnungsrevision per 1.1.2000. Diese Fusion war eine Forderung aus dem Konzept «Luzern 99».

### 2000–2003

Der Vorstand meldete trotz Verständnis Bedenken zu einzelnen Punkten der Fusion an: Der Arbeitgeber wollte seine Finanzierungsbeiträge weiter abbauen, der Teue-



rungsausgleich auf die Renten sollte wegfallen, und die Staatsgarantie sollte sofort und nicht schrittweise abgeschafft werden. Der PVLS regte schon damals die Schaffung eines Sicherheitsfonds an und verlangte eine Absicherung, wonach auch künftig die

Renten der Preisentwicklung im gleichen Verhältnis angepasst werden wie die Löhne des Staatspersonals. Es fand darauf kein Gespräch statt, kein Antrag wurde im Entwurf der Regierung berücksichtigt, und auch die grossrätliche Kommission hatte im UNO-Jahr der älteren Menschen kein Gehör dafür.

Aufgrund der düsteren Börsenlage konnte die Kasse 2000 keine Teuerungszulage auf die Renten auszahlen. Der Vorstand des PVLS wehrte sich aktiv. Nach einem erneuten schlechten Börsenjahr, jedoch drei sehr guten Jahresergebnissen der Staatsrechnung verwarf der Grosse Rat einen Sonderkredit für die Ausrichtung einer Teuerungszulage auf den Renten von 1% ab 1. 1. 2003 und priorisierte dafür den Stellenabbau.

### 2003–2013

Ab 2003 folgte ein jahrelanger Kampf des PVLS-Vorstandes um den Teuerungsausgleich auf den Renten. 2008 wurden schliesslich 1,5% im Rahmen der Jahresteuern 2007 gewährt. Die pensionierten Mitglieder mussten in der Zeit zwischen 2000 und 2008 einen realen Kaufkraftverlust von 8,35% hinnehmen.

Seit 5 Jahren herrscht wegen der sich abwechselnden Krisen bei Banken und Börse Funkstille. Die Deckung der LUPK schwankt zwischen knapp 90% und gegen 100%. Ein Teuerungsausgleich ist allenfalls ab 105% zu erwarten – wenigstens sind die Renten (vorläufig) gesichert.

Erfreulich entwickelte sich hingegen die Pflege der Kameradschaft. An den monatlichen Wanderungen unter Josef Rösli nehmen pro Jahr über 500 Wandervögel teil. Höhepunkt des Jahres ist der ganztägige Ausflug im Frühsommer mit wechselnden Zielen und mit bis zu 300 Teilnehmenden. Seit vielen Jahren ist zudem der Januarvortrag zu unterschiedlichsten Themen Tradition sowie der Gedenkgottesdienst im November. Der PVLS zählt heute 1770 Mitglieder.

#### Präsidenten des PVLS

1953–1956	Zwyer Alois, ehem. Polizeisekretär
1956–1963	Helmlin Otto, ehem. Spitalverwalter Kantonsspital Luzern
1963–1964	Schalter Josef, ehem. Polizeiwachtmeister
1964–1968	Muff Alois, ehem. Kasernenverwalter Luzern
1968–1975	Stalder Alfred, ehem. Personalchef der Kantonalen Verwaltung
1975–1981	Dr. Karmann Josef, ehem. Staatsanwalt
1981–1989	Lütenegger Josef, ehem. Fürsorgeinspektor
1989–1997	Vogel Paul, ehem. Kantonsoberrichter
1997–2006	Wüest Albert, ehem. Direktor LUPK
2006–2011	Burri Walter, ehem. Spitaldirektor Kantonsspital Luzern
2011–	Dr. Dommann Franz, ehem. Personalchef Kanton Luzern



Franz G. (73), Klient vom Rotkreuz-Entlastungsdienst

## Pflegen Sie Angehörige?

## Wir entlasten Sie.

Schweizerisches Rotes Kreuz   
Luzern

0842 48 48 48 [www.srk-luzern.ch](http://www.srk-luzern.ch)